

**Bürgerkomitee Leipzig e.V.**

für die Auflösung der ehemaligen  
Staatssicherheit (MfS)



**Träger der Gedenkstätte**

Museum in der „Runden Ecke“ mit  
dem Museum im Stasi-Bunker

Dittrichring 24 · 04109 Leipzig  
Postfach 10 03 45 · D-04003 Leipzig  
Tel.: 0341 / 9 61 24 43  
Fax: 0341 / 9 61 24 99  
Internet: [www.runde-ecke-leipzig.de](http://www.runde-ecke-leipzig.de)  
E-mail: [mail@runde-ecke-leipzig.de](mailto:mail@runde-ecke-leipzig.de)

## RESÜMEE

Leipzig, den 12.08.2011

Unser Zeichen: Manfred Wilke.dot

## Buchvorstellung "Der Weg zur Mauer" mit Manfred Wilke am 11. August 2011

„Wer war schon Ulbricht?“, lautete die provokante Frage Manfred Wilkes in seinem Vortrag, der chronologisch-argumentativ die Frage nach der Stellung der DDR im Machtverhältnis zur Sowjetunion thematisierte und seine Position mit einer Fülle an Daten fundierte. Der Mauerfall als einschneidendes Ereignis der ostdeutschen Geschichte habe schließlich die Mächteverhältnisse der Welt verändert, so Wilke.

Der Historiker zeichnete die Entwicklung bis zum Bau der Berliner Mauer nach und berief sich auf die Akten des V. Parteitag der SED 1958. Hier hielt Ulbricht eine Rede und versprach den DDR-Bürgern, Westdeutschland im pro Kopfverbrauch an Lebensmitteln bis 1961 überholt zu haben, da nach Aussagen der DDR-Ökonomen Westdeutschland vor einer schweren Wirtschaftskrise stehe. Schon 1958 verlangte er den Abzug der westlichen Besatzungsmächte aus Westberlin und forderte, dass Westberlin zu einer freien Stadt erklärt werde. Diese Rede mitsamt ihren Forderungen wurde, laut Wilke, zuvor in Moskau abgesehen und von Chruschtschow somit unterstützt. Ohne die UdSSR habe die DDR als international nicht anerkannter Staat ihre Forderungen kaum durchsetzen können und bedurft stets sowjetischer Unterstützung, so Wilke. Zwar war Ulbricht innerhalb der DDR-Führung „Chef, und niemand sonst“, doch konnte die SED-Politik ohne die Sowjetunion nicht umgesetzt werden.

Im Herbst 1958 schlug Chruschtschow derweil sein Ultimatum im Moskauer Präsidium vor und erhielt hierfür die Mehrheit. Das Deutschland-Problem müsse endlich gelöst werden, entweder mit einem Friedensvertrag über ein entmilitarisiertes, entföderalisiertes Deutschland oder mit zwei deutschen Staaten. Manfred Wilke fasste die drei vom Kreml-Chef gestellten Forderungen zusammen, nämlich die Anerkennung der DDR, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und die Umwandlung Westberlins in eine freie, entmilitarisierte Stadt. Denn solange der Westen in Westberlin präsent sei, könnten sich die „Blütenträume aus Ostberlin und Moskau“, so Wilke, nicht behaupten. Dies wurde ganz klar, als sich die SED im Dezember 1958 das erste Mal an den freien Wahlen in Westberlin beteiligte und bei einer Wahlbeteiligung von 93,5% nur 1,9% der Stimmen erhielt.

1960 hatte sich die Lage in der DDR gründlich verändert. Manfred Wilke führte hierbei Beispiele an. So habe die Kollektivierung der Landwirtschaft weit reichende Folgen wie die Massenflucht von Bauern oder die schwere Versorgungskrise der DDR hervorgerufen. Auch sei die Einführung von Passierscheinen für Westdeutsche eine Provokation für die Bundesrepublik, so Wilke. Schon im Grundgesetz sei die Einigung Deutschlands verankert, so dass die DDR als nicht anerkannter Staat ihre Befugnisse überschritten hätte. Westdeutschland kündigte der DDR den Interzonenhandel auf. Die Versorgungs- und Wirtschaftskrise spitzte sich, nach Einschätzung Wilkes, mehr und mehr zu. Doch der Befehl Chruschtschows an Ulbricht, sich mit Adenauer und Westdeutschland zu versöhnen und den Interzonenhandel wieder aufzunehmen, sei nicht aus Fürsorge zur DDR entstanden. Vielmehr konnte diese durch das Embargo den für die sowjetische Maschinenbauindustrie benötigten Stahl aus dem Ruhrgebiet nicht mehr liefern.

Die im Januar 1961 von der SED-Führung eingesetzte Arbeitsgruppe, bestehend aus dem Minister für Staatssicherheit Mielke, Innenminister Maron, Verteidigungsminister Hoffmann und Verkehrsminister Kramer, die konspirativ die Grenzerschließung vorbereiten sollte, wurde im Gespräch mit Ulbricht und Chruschtschow lahm gelegt. Auf den drängenden Brief Ulbrichts an Chruschtschow, in dem er die wirtschaftlich-gesellschaftlichen Probleme wie Massenflucht und Versorgungskrise der DDR

anspruch und eine sofortige Lösung der Westberlin-Frage forderte, machte der Kreml-Chef seine Prioritäten für den Historiker Wilke deutlich sichtbar. Solange das Gipfeltreffen mit Kennedy bevorstehe, werde das Status quo in Westberlin erhalten.

Während Kennedy auf dem Gipfeltreffen im Juni 1961 über atomare Abrüstung, Teststopps für Atomwaffen etc. sprechen wollte, lenkte Chruschtschow den Schwerpunkt dieser Unterredung auf die Berlin-Frage. Er erneuerte sein Ultimatum von 1958. Manfred Wilke zeigte die Konsequenzen auf: Entweder würde Ende 1961 ein Friedensvertrag geschlossen werden oder die UdSSR würde einen separaten Friedensvertrag mit der DDR aushandeln, der dazu führte, dass die Westmächte Verhandlungen mit dem ostdeutschen Staat aufnehmen und international seine Souveränität anerkennen müssten. Diese Forderung Chruschtschows war ein „Bluff“, so Wilke, den die Westmächte durchschauten. Zu lange hatte Moskau das Ultimatum im Raum stehen lassen ohne die androhten Konsequenzen zu ziehen.

Die Westmächte blieben in Westberlin, um ihre Rechte, die im Zweiten Weltkrieg erkämpft hatte, zu bewahren. Würde Moskau diese Rechte an Dritte, sprich an die DDR, abgeben, so sei dies, laut Kennedy, als ein „kriegerischer Akt“ zu verstehen. Wilke zeigte den Grund für die amerikanische Politik auf: Die USA würden in der Welt ihre Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie ihr Versprechen gegenüber den Westberlinern brechen und die Freiheit der Stadt nicht schützen würden. Zudem stellte die 1949 neu gegründete NATO Westberlin unter ihren Schutz, so dass der Abzug aus Westberlin als Auflösung des Bündnisvertrages verstanden worden wäre.

Auch hätten die Informationen der sowjetischen Geheimdienste Chruschtschows Entschluss beeinflusst, die Grenze in Berlin zu schließen. Ihm wurde über die guten Vorbereitungen der NATO auf eine militärische Konfrontation, die Überlegenheit der amerikanischen Luftwaffe bei einem europäischen Krieg, über die Rüstungsprogramme Kennedys nach dem gescheiterten Gipfeltreffen wie auch über den zügigen Aufbau der amerikanischen Polaris-U-Boot-Flotte (gegen die die UdSSR keine Verteidigungsmechanismen besaßen) berichtet.

Die sowjetische Politik schien nach Einschätzung des Referenten, an ihre Grenzen gestoßen zu sein. Chruschtschow musste sein Sträuben vor einer Grenzschließung und der damit immanenten, symbolischen Botschaft, der fortgeschrittene Sozialismus müsse sich einmauern, zu Gunsten der Realpolitik fallen lassen. Die Frage, ob es nun während der Zeit der Umsetzung „Ulbrichts Mauer“ oder doch „Chruschtschows Mauer“ gewesen sei, sei hinfällig, so Wilke. Ulbricht habe die Mauer gebaut, Chruschtschow habe den Befehl militärisch und politisch gegeben. Ihm oblag die Macht. Während der erste Befehl an Ulbricht ging, schickte er mit dem zweiten die Rote Armee an die Grenze, um, den Operationsplan des Mauerbaus zu koordinieren und zu kontrollieren. Für Wilke ein Zeichen dafür, dass Ulbricht, wie schon zu Zeiten seiner Einsetzung durch Stalin, lediglich ein Vasall der Sowjetunion blieb.

Auch dem Vortrag von Manfred Wilke folgte eine rege Beteiligung an der Diskussion, die vom Leiter der Gedenkstätte Tobias Hollitzer moderiert wurde. Nach Wilkes informationsreichem Vortrag gab es viele Fragen. So ging Wilke auf die strukturellen Probleme der DDR-Ökonomie und ihre Unfähigkeit, aus eigener Kraft ihre Schwächen zu bewältigen, ein. Auch weiterführende Themen zum heutigen Umgang mit den Opfern der SED-Diktatur wurden diskutiert. Manfred Wilke sprach über seine persönlichen Erfahrungen, die er als Mitglied in den Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sammelte. Er sei stets solidarisch mit den Opfern der Teilung umgegangen. Die Mauer physisch abzureißen, sei nicht der letzte Schritt zur Einheit. Westdeutschland habe lange die Opfer der SED-Repression ignoriert. Zu langsam habe man eingesehen, dass man diese Menschen rehabilitieren und ihnen Platz in der Gesellschaft einräumen musste. Auch die Problematik der juristischen Verfolgung der Täter und die anfänglich träge Einstellung der westdeutschen Gesellschaft, sich mit der Aufarbeitung auseinanderzusetzen, waren nur einige Themen der abendlichen Diskussionsrunde.

Zum Buch: Wilke, Manfred: Der Weg zur Mauer, Ch. Links Verlag, Berlin 2011.